Parlamentarische Empfehlung '1.Hilfe an den Volksschulen'

Ausgangslage und Begründung

An Schweizer Schulen verletzen sich gemäss Hochrechnung der Beratungsstelle für Unfallverhütung (BfU) jedes Jahr rund 49'000 Schülerinnen und Schüler. Ausserdem sind junge Menschen auch auf dem Schulweg, in Vereinen oder im Familienleben immer wieder mit Unfällen oder medizinischen Notfällen konfrontiert. Gesamtschweizerisch erleiden rund 30'000 Personen pro Jahr ein akutes koronares Ereignis (Herzinfarkt / Angina pectoris). Mit solchen Ereignissen sind auch Schülerinnen und Schüler regelmässig in ihrem Alltag konfrontiert. Dass in einem Notfall jede Minute zwischen Leben und Tod entscheiden kann, ist nicht nur der Medizin, sondern auch der allgemeinen Bevölkerung seit langem bekannt. Durch eine flächendeckende und obligatorische Ausbildung an der Volksschule wären zukünftig auch die Urner Schülerinnen und Schüler besser vorbereitet, bei einem Notfall zu handeln. Einzelne Gemeinden und Schulen vermitteln dieses wichtige Wissen bereits heute schon auf freiwilliger Basis, jedoch ist es zurzeit noch nicht Pflicht, dies flächendeckend zu vermitteln. Ich bin der Auffassung, dass die Grundkenntnisse zum Handeln im Ernstfall zum Bestandteil der Allgemeinbildung gehören und somit an den Volksschulen vermittelt werden sollen.

So gibt es bereits heute freiwillige Programme wie beispielsweise «Jugend-HELP» des Samariterverband Uri. Dieses Programm hat das Ziel, die Schülerinnen und Schüler für das Thema «Erste Hilfe» zu sensibilisieren, ihnen die erforderlichen Erste-Hilfe-Grundkenntnisse zu vermitteln und sie bei einem Notfall zum Handeln zu motivieren. Die Jugend Help wurde mit ca. 15 Kindern neu gegründet und trifft sich ca. 4-mal pro Jahr, um spielerisch die Grundkenntnisse zu erwerben. Folgende Themen werden dabei vermittelt: Alarmierung, Erste-Hilfe-Massnahmen (Notfall erkennen, Druckverband anlegen und stabile Seitenlagerung sowie Erste-Hilfe-Massnahmen bei Wiederbelebungen)

Das Wissen könnte aber auch durch die örtlichen Samaritervereine oder Personen, welche im medizinischen Bereich arbeiten, vermittelt werden. So gäbe es neben dem Praxisbezug auch einen Synergiegewinn für die örtliche Milizarbeit und potenziell neue Mitglieder für diese Vereine.

Es ist am Regierungsrat festzulegen, welche Massnahmen er den Volksschulen vorschlägt, um dieses Wissen in den Unterricht einzubauen. Es soll kein separates Fach geschaffen werden, sondern das Wissen soll mittels eines obligatorischen Moduls in den Unterricht aufgenommen werden.

Antrag

Der Regierungsrat wird gestützt auf Artikel 123 ff. der Geschäftsordnung des Urner Landrats beauftragt, an den Urner Volksschulen die flächendeckende Einführung eines Moduls zu prüfen, welches den Schülerinnen und Schülern Wissen zur ersten Hilfe in Notfällen vermittelt. Die Schülerinnen und Schüler sollen spätestens nach Abschluss der obligatorischen Schule im Stand sein, in einem Notfall grundlegende Schritte einzuleiten, um Menschen das Leben zu retten.

Altdorf, 21.05.2025

Erstunterzeichner

Zweitunterzeichnerin

Mario Baumann, Die Mitte Uri

Cornelia Gamma, FDP Die Liberalen Uri